

Kurzprotokoll der Sitzung des Planungsausschusses vom 02.02.2021

Beginn: 19:32 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Ort: Großer Saal Bürgerhaus

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Ulrike Haerendel, Götz Braun, Joachim Krause, Bastian Dombret, Jürgen Ascherl, Albert Biersack, Manfred Kick, Christian Furchtsam, Harald Grünwald, Michaela Theis, Felicia Kocher, Walter Kratzl, Alfons Kraft
Verwaltung: Herr Zettl, Herr Meinhardt, Herr Marquart
Zuschauer: Zwei Zuschauer, zwei Pressevertreterinnen

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Punkte 7 und 8 können gemeinsam beraten werden.

TOP 2: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben; Einsatztrainingszentrum (ETZ) des Zolls am Standort Garching Hochbrück, Ingolstädter Landstraße 100, sowie künftige Nutzung der Restflächen

Herr Zettl berichtet über die Wünsche des Bundes. Es soll eine umfassende Überplanung des Geländes erfolgen. Für das bundesweite Einsatztrainingszentrum des Zolls sollen 12 Einheiten in Garching entstehen. Für die Rettungshundestaffel kann in diesem Zug eine Erschließung geplant werden, ein Radweg soll auch geplant werden. Das Zentrum wird Montag bis Samstag genutzt werden, es gibt die Bereitschaft, die Zweifachhalle am Sonntag oder abends für Vereinsnutzung zu öffnen. Es gibt noch 9000 qm, die mit Gewerbe beplant werden könnten.

Herr Kraft fragt, wer die Planung durchführt und ob die Kosten in einem städtebaulichen Vertrag weitergegeben werden. Er hält eine Demunitonierung für erforderlich. Gewerbe sollte seiner Meinung nach Kleingewerbe sein. Herr Zettl berichtet, dass bereits vor etlichen Jahren eine Demunitonierung durchgeführt wurde, die Planungskosten werden vom Bauwilligen übernommen. Götz fragt nach dem Bannwald in diesem Bereich. Herr Zettl erläutert, dass jeder Eingriff ausgeglichen werden muss. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung muss im Frühjahr beginnen und soll bis zum Herbst dauern. Herr Kratzl kritisiert die Umwandlung der Waldfläche zu einem Gewerbegebiet. Herr Ascherl meint auch, dass die Gewerbenutzung nicht unbedingt sinnvoll ist. Ulrike fragt nach dem geplanten Radweg, der aber nichts mit dem Radschnellweg zu tun hat und die Bebauung im Süden und Osten umgehen soll. Dabei soll es möglichst keine zusätzliche Versiegelung geben. Bastian schlägt einen Radweg noch weiter im Süden vor. Er hält Gewerbe nur als Handwerkerhof für sinnvoll. Auf die Frage von Herrn Grünwald wird bestätigt, dass die Bundesfläche durch den Radweg durchschnitten werden darf. Er fragt nach der Zuwegung für die Rettungshundestaffel, wozu ein Durchstich durch einen Wald gebraucht wird. Frau Kocher fragt, weshalb die Waldfläche nicht aufgeforstet wird. Es handelt sich um einen ehemaligen Fußballplatz, und die Nutzung muss der Eigentümer finden. Durch das Gewerbe könnten sich für die Stadt Einnahmen ergeben. Herr Furchtsam hält die südliche Zufahrt zur Rettungshundestaffel für besser und fordert eine Einigung mit der Bundeswehr. Er möchte keine Lärmbelästigung für das Wohngebiet. Herr Kratzl unterstellt, dass es schon Interessenten für das Kleingewerbe gibt und möchte das Waldgebiet erhalten.

Der Beschlussvorlage, dem Stadtrat die Aufnahme der Planung zu empfehlen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 3: Erweiterung Schule West - Vorstellung Anpassung Raumprogramm und Kostenrahmen durch erweiterten Bedarf

Es werden noch zwei zusätzliche Klassenräume benötigt, insgesamt ca. 300 m², um die Gebäude über den ganzen Tag nutzen zu können.

Frau Theis begrüßt den Plan insgesamt, fragt aber nach der Dreizügigkeit der Grundschule-West, weswegen die zusätzlichen Räume nicht dauerhaft benötigt würden. Dietmar meint, es gäbe noch mehr Bedarf. 2023 fehlen zwei Klassenzimmer nach derzeitiger Rechnung. Herr Kratzl weist auf den vorhandenen Platz bei der Schule-West hin. Er fragt, wer das Bauvorhaben begleitet. Es werden

Planungsbüros beauftragt werden. Ein eigener Projektsteuerer bringt nach Meinung von Herrn Zettl nichts, kostet aber einen hohen 5-stelligen oder niedrigen 6-stelligen Betrag. Dietmar lehnt einen Vergleich mit einer Gebäudesanierung ab, da ein Neubau schneller geht. Herr Ascherl befürwortet einen Holzbau. Herr Kraft beklagt den planerischen Verzug und fordert ein schnelles Bauleitverfahren. Es geht nur um eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Es ist schon ein Baufeld und eine Höhenentwicklung festgelegt. Die Fertigstellung der Planung ist bis Herbst 2022 vorgesehen, Baubeginn im Frühjahr 2023. Herr Grünwald meint, dass Holzbauweise teurer wird und fragt, ob es Fördergelder gibt. Er sorgt sich, ob das geplante Geld reicht, was bestätigt wird.

Der Beschlussvorlage, dem Stadtrat die angepasste Planung zu empfehlen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4: Antrag auf Nutzungsänderung eines Tiefkühlhauses zu einem Lager und Verteilerzentrum in der Zeppelinstr. 10, Fl.Nr. 1773

Für die ursprüngliche Planung gibt es nach Meinung der Eigentümer keinen Bedarf, eine Limitierung der Nutzung ist laut Landratsamt nicht möglich. Herr Meinhardt hält das Vorhaben für eine Verbesserung gegenüber dem derzeitigen Zustand. Der geplante Fuß- und Radweg soll realisiert werden.

Der Beschlussvorlage, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5: Antrag auf Nutzungsänderung einer Pension in ein Wohnheim in der Neufahrner Str. 7-9, Fl.Nr. 160/14

Es muss eine zweite Fluchttreppe ermöglicht werden. Herr Ascherl fragt nach der Sicherheit, dass das Studentenheim kein Arbeiterwohnheim wird. Das ist in der Planung nicht angelegt. Herr Grünwald fragt nach dem Tank auf dem Parkplatz und meint, der Umbau sei schon durchgeführt worden. Frau Kocher fragt, ob die Fahrradstellplätze überdacht werden können. Eine Verpflichtung zur Überdachung gibt es nicht, der Bauherr soll angesprochen werden.

Der Beschlussvorlage, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6: Antrag auf Umbau und Ausbau eines Reihenhauses im Zugspitzweg 20, Fl.Nr. 17/46

Beide Nachbarn haben zugestimmt.

Der Beschlussvorlage, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 7: Antrag der SPD-Fraktion für ein nachhaltiges Nachpflanzungskonzept für zu fallende Bäume unter Berücksichtigung des ökologischen Wertes und der Einbindung der interessierten Bevölkerung

Götz legt Wert auf die stadtklimatische Bedeutung der Bäume und schlägt ein Förderprogramm zur Fassadenbegrünung vor. Er schlägt vor, dass das Baumkataster einsehbar wird. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll bedeuten, dass Ersatzstandorte benannt oder Patenschaften übernommen werden können. Frau Kocher möchte Pflanztröge im Stadtgebiet aufstellen.

Herr Marquart meint, dass die Anträge zu früh eingestellt worden sind, um mehr als ein grobes Konzept anzugeben. Es gibt einen groben Rahmen, anhand dessen in Zukunft vorgegangen werden soll. Nachgepflanzte Bäume haben einen Stammumfang von 25 bis 30 cm, gefällt ein Umfang, der 2,5-mal so groß ist. Ein großer Baum benötigt eine Fläche von ca. 50 m², um sich in Zukunft störungsfrei zu entwickeln. Um so ein Konzept zu entwickeln, wird mehr Zeit benötigt. Bäume in Pflanztrögen können sich nicht richtig entwickeln.

Herr Kraft meint, dass ein Baum seine Wirkung an seinem Standort entfaltet. Ein Baum kann nicht durch einen Strauch ersetzt werden. Herr Grünwald meint, dass die Beschlussvorlagen der Verwaltung in Ordnung seien. Herr Kratzl meint, dass man nicht nur kleinwüchsige Bäume pflanzen sollte. Herr Marquart meint, dass ortsbildprägende Bäume nicht 1:1 ersetzt werden können. In ausgeräumten Fluren könnten größere Hecken gepflanzt werden. Ulrike schlägt vor, das Ausgleichskonzept pragmatisch zu entwickeln. Sie fordert einen Bericht, was für die jetzt gefällten Bäume nachgepflanzt worden ist. Götz meint, die Bedeutung des öffentlichen Grüns sei hinreichend dargestellt worden. Das Baumkataster umfasst derzeit etwa 3000 Bäume, im Ort gibt es schätzungsweise 10-15000 Bäume.

Der Beschlussvorlage, dem Antrag im Wesentlichen zuzustimmen und Fehlendes nachzureichen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 8: Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion für ein nachhaltiges Nachpflanzungskonzept

Der Beschlussvorlage, dem Antrag im Wesentlichen zuzustimmen und Fehlendes nachzureichen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 9: Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind

Keine.

TOP 10: Mitteilungen aus der Verwaltung

Es werden in den nächsten Wochen Bäume gefällt, auch das Grundstück an der Telschowstraße. Einer der Bäume dort wird umgesetzt.

Die Fa. Steiger fährt nicht durch den Erdinger Weg, da der Sicherheitsabstand nicht gegeben ist.

TOP 11: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Keine.

Für das Protokoll: *Joachim Krause*